

SPD demokratischer pressediens

P/XXX/98

27. Mai 1975

Ein Unternehmen der politischen Vernunft

Es fehlt ein "Marshallplan" der Industriestaaten für die wirtschaftlich schwachen Länder

Von Dr. Bruno Kreisky
Bundeskanzler und Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Bald weniger Gift in der Luft

Bundeskabinett verabreicht Ergänzung zum Benzinblei-gesetz

Von Klaus Konrad MdB
Obmann der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Seite 3 bis 5 / 98 Zeilen

Eigenartige Auswahl im Lande Bayern

Wie die Staatsregierung in München um Industriean-siedlung wirbt

Von Karl Herold MdB
Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister für innerdeutsche Beziehungen

Seite 6 / 33 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhard Eckerl

5300 Bonn 12, Hausallee 2-10
Postfach: 120 408
Presseräum: Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 37 - 38
Telex: 08 96 848 - 48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
5300 Bonn - Bad Godesberg
Kölner Straße 108-112, Telefon: 376611

Ein Unternehmen der politischen Vernunft

Es fehlt ein "Marshallplan" der Industriestaaten für die
wirtschaftlich schwachen Länder

Von Dr. Bruno Kreisky

Bundeskanzler und Vorsitzender der Sozialistischen Partei Österreichs

Ob es uns recht ist oder nicht, diese Erde wird von Milliarden Menschen bevölkert, die in kleinen Ländern wohnen. In wirtschaftlicher Hinsicht sind mehr als hundert Staaten kleiner als Österreich. Wer da glaubt, daß sich dieser Zustand für einen überschaubaren Zeitraum ändern wird, gibt sich trügerischen Vorstellungen hin. So wie es in der Welt von heute eine Realität ist, daß es die beiden Supermächte gibt, daß es einige Staaten gibt, die möglicherweise auf dem Weg sind, Supermächte zu werden, daß es die Großmächte von einst gibt, die heute zwar eine angesehenere Stellung haben, aber in ihren politischen und wirtschaftlichen Möglichkeiten begrenzt sind, ist es eine ebensolche Realität, daß es ca. 110 Kleinstaaten gibt.

Dieser Umstand mag für die Menschen, die in einem großen und reichen Land leben, irritierend, unbehaglich und verwirrend sein, aber es ist die Realität, es ist eine politische Realität. Diesen Zustand ändern zu wollen, würde eine Unzahl von Kleinkriegen mit unabsehbaren Konsequenzen für das nächste Vierteljahrhundert provozieren. Deshalb, glaube ich, muß sich ein großer Staat Gedanken über eine sehr differenzierte Politik gegenüber den Kleinstaaten machen. Es hat keinen Sinn, entsetzt oder enttäuscht über die Vereinten Nationen und ihre Tochterorganisationen zu sein, oder über die Rolle, welche die Kleinen dort spielen - sie sind eben der einzige Platz, wo die Kleinen eine Rolle spielen. Das ist der Grund, warum die Vereinten Nationen heute so wichtig sind. In ihrem Rahmen wird ein Teil der Beziehungen zwischen Groß- und Kleinstaaten geregelt.

Mit Recht haben Franklin Roosevelt und Winston Churchill bei ihrem Zusammentreffen auf dem Schlachtschiff "Augusta" im Atlantik im August 1941 bei der Formulierung der Grundsätze der Atlantik-Charta die Freiheit in ihrer umfassenden Bedeutung nicht nur als Freiheit vor Unterdrückung, sondern auch als Freiheit vor Furcht und Not definiert. Ich bin der Meinung, daß dabei ein wesentliches Postulat für die moderne Demokratie formuliert wurde, denn Freiheit ist in der Tat etwas sehr Fragmentarisches, wenn man dabei nur die politische Freiheit meint. - Die Freiheit ist nur dann der sichere Besitz unserer Gesellschaft, wenn sie mit einem gewissen Maß material-ler Sicherheit einhergeht, das seinerseits nur möglich ist, wenn diejenigen, die Arbeit wollen, auch Arbeit finden können.

Im Augenblick wird eifrig darüber diskutiert, ob sich das, was sich gegenwärtig ereignet, zu einer Krise ähnlich der der 30er Jahre entwickeln wird. Ich glaube, man sollte sich mehr darüber den Kopf zerbrechen, was geschehen muß, um eine solche Entwicklung zu verhindern. Dabei hätten wir von den Erfahrungen auszugehen, die wir am Ende dieser krisenhaften Entwicklung

gemacht haben. Deshalb meine ich, daß wir in unseren Bemühungen, die Krise in den Griff zu bekommen, über Keynes hinauszugehen haben. Dort, wo die private Wirtschaft auch unter größter öffentlicher Förderung nicht für Investitionen gewonnen werden kann, muß die öffentliche Investition einsetzen, muß die Gelegenheit genutzt werden, unseren Staaten eine bessere Infrastruktur zu geben.

Wir müssen über Keynes hinausgehen. Zu seiner Zeit gab es kein Problem der Wasserverunreinigung, gab es keine Gefahr des herangehenden Umweltschlages der uns umgebenden Ozonschicht, gab es also kein Problem der Umwelt - es wurde jedenfalls als öffentliches und politisches Problem nicht anerkannt. Zur Zeit Keynes' gab es auch die Notwendigkeit des Ausbaus des öffentlichen Verkehrs noch nicht und nur in einem geringen Ausmaß ein Interesse am Ausbau des öffentlichen Gesundheitswesens. Heutzutage haben wir das alles, und jetzt müssen diese Angelegenheiten in den Kreis unserer öffentlichen Investitionen einbezogen werden. Wenn wir das alles tun, dann werden wir zwar nicht im landläufigen - klassisch ökonomischen - Sinne reicher werden, aber wir werden die Voraussetzungen schaffen für bessere Lebensbedingungen künftiger Generationen.

Eine wirtschaftliche Depression läßt den Bedarf an Energie rasch sinken und damit auch die Nachfrage nach Öl. Bei anderen Rohstoffen zeichnet sich eine solche Entwicklung bereits ab. Jedenfalls aber sind die Ölländer reicher geworden. Ihnen allen aber droht die Gefahr eines neuen Klondyke in unserer Zeit. Spätestens dann, wenn das Öl spärlicher zu fließen beginnt. Die Zukunft solcher Länder muß heute vorbereitet werden, und zwar durch sie selber und wir müssen ihnen dabei mit unserem industriellen Know-how und unserer Erfahrung zur Seite stehen. Das ist die beste und fairste Form des Recycling der Petrodollars. Am härtesten allerdings trifft diese Entwicklung die Länder der sogenannten Vierten Welt, das sind die durch ihre Armut Ausgeschlossenen der Dritten Welt.

Und so glaube ich, daß es unsere Aufgabe ist, für diese Länder einen Plan zu konzipieren, ähnlich dem, den die Vereinigten Staaten für das vom Krieg zerstörte Europa in Gang gesetzt haben. Wir müssen uns hier zu einer weltweiten Zusammenarbeit entschließen, die diese Länder allmählich zu wirtschaftlichen Partnern der Industriestaaten werden läßt. Vorerst aber gilt es, ihre gigantische Arbeitslosigkeit und ihre permanente Hungersnot zu überwinden. Dies darf aber weder ein rein karitativer noch ein rein kommerzieller, profitorientierter Akt sein, sondern muß ein Unternehmen der politischen Vernunft sein, und damit ein eminent politischer Akt.

(-/27.5.1975/ks/pr)

* * *

Bald weniger Gift in der Luft

Bundeskabinett verabschiedet Ergänzung zum Benzinbleigesetz

Von Klaus Konrad MdB

Obmann der Arbeitsgruppe für Umweltfragen der SPD-Bundestagsfraktion

Das Bundeskabinett wird am 26. Mai den Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Benzinbleigesetzes verabschieden. Der Bundestag wird die Beratungen nach der Sommerpause zügig in Angriff nehmen, so daß das Gesetz zum 1. Januar 1976 in Kraft treten kann. Die vorgesehene Ergänzung des Benzinbleigesetzes soll der reibungslosen Einführung der zweiten Stufe des Benzinbleigesetzes zum 1. Januar 1976 dienen.

Ausgehend von der Erkenntnis, daß Bleiverbindungen in den internationalen Skalen der Giftigkeit an der Spitze geführt werden und insbesondere Bleiverbindungen aus Kfz-Abgasen Gesundheitgefährdungen erheblichen Umfangs verursachen können, verabschiedete der Bundestag 1971 einstimmig das Benzinbleigesetz, durch das eine stufenweise Begrenzung des Bleigehalts von Kraftstoffen festgesetzt wurde. Die erste Stufe (seit 1. Januar 1972) sah eine Herabsetzung des Bleigehalts auf 0,40 g/l vor; nach Inkrafttreten der zweiten Stufe zum 1. Januar 1976 darf der Bleigehalt 0,15 g/l nicht mehr übersteigen.

Schon damals versuchten dieselben Kreise, die auch heute wieder eine großangelegte Kampagne gegen die Durchführung der zweiten Stufe des Benzinbleigesetzes gestartet haben, das ursprüngliche Gesetz zu torpedieren. Sie malten das Schreckgespenst einer zusammenbrechenden Benzinversorgung an die Wand und nährten gezielt die Befürchtungen vieler Autofahrer, die Motore ihrer Wagen würden nach dem Gebrauch des neuen Kraftstoffes ihren letzten Atemzug tun. Doch nichts dergleichen geschah. Schwierigkeiten bei der Einführung der ersten Stufe hat es nicht gegeben. Entgegen allen Unkenrufen wird dies auch nicht bei Inkrafttreten der zwei-

ten Stufe des Gesetzes am 1. Januar 1976 der Fall sein.

Hier sei daran erinnert, daß Bundestag und Bundesregierung vor der Verabschiedung des Gesetzes Vertreter der Mineralölwirtschaft und der Automobilindustrie gehört haben. Bei verschiedenen Gelegenheiten haben Vertreter der Mineralölwirtschaft erklärt, die vorgesehene Begrenzung auf 0,15 g/l ab 1. Januar 1976 sei nach dem Stande der Technik ohne nachteilige Auswirkungen auf den Betrieb von Kraftfahrzeugen möglich. Zwar hat es in der Zwischenzeit nicht an Versuchen gefehlt, über die EG-Kommission die deutsche Regelung doch noch zu Fall zu bringen, doch kann nunmehr festgestellt werden, daß die Versorgung mit bleiarmer Benzin (0,15 g/l) zum 1. Januar 1976 im großen und ganzen sichergestellt ist. Entgegen andere lautenden Behauptungen - vor allem des ADAC - wird der neue Kraftstoff eine Qualität aufweisen, die Schäden für die Motore nicht befürchten läßt. Zu diesem Ergebnis kommt eine großangelegte überzeugende Untersuchung der österreichischen Mineralölverwaltung in Wien, die im Auftrag der Bundesregierung den bleiarmer Kraftstoff in Fahrzeugen verschiedener Hersteller getestet hat.

Die von interessierter Seite in der Vergangenheit vorgebrachten Argumente gegen die Durchführung der zweiten Stufe des Benzinbleigesetzes sind vom Innenausschuß des Deutschen Bundestages sorgfältig geprüft worden. Das Plenum des Bundestages hat in seiner Sitzung am 10. Oktober 1974 die Bundesregierung erneut einstimmig aufgefordert, die zweite Stufe wie geplant durchzuführen. Diese Empfehlung hat auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen in seinem 1973 veröffentlichten Sondergutachten "Auto und Umwelt" und in seinem Umweltgutachten 1974 auf der Grundlage wissenschaftlich abgesicherter umfassender Untersuchungen ausgesprochen. Bei diesem Beschluß handelt es sich um die einstimmige Entscheidung des Deutschen Parlaments, nicht aber um die Entscheidung eines - wie es in einigen empfindenden Veröffentlichungen dargestellt wird - uneinsichtigen Beamten, der darüber hinaus noch aus obskuren Motiven handle. Dieser Beamte, der in einigen Publikationen als "Bleiausreiber" oder auch "Exorzist" vorgestellt wird, habe - so wird dem Publikum suggeriert - offenbar nur das sehnliche Ziel, neun Millionen Kraftfahrzeuge zu zerstören. Eine auf diese schäbige Art geführte Auseinandersetzung über schwierige Probleme, die zudem noch von dem Mittel übelster persönlicher Diffamierung Gebrauch macht, ist auf das Schärfste abzulehnen.

Die strikte Durchführung des Benzinbleigesetzes ist aus Umweltgründen unabweisbar. Andere Maßnahmen zur Verminderung der Bleiemis-

sion aus Kraftfahrzeugmotoren sind zur Zeit technisch bzw. wirtschaftlich nicht durchführbar. Das gilt insbesondere für den Einbau von Bleifiltern in den Auspuffanlagen. Bleifreies Benzin ist zudem die Voraussetzung für den störungsfreien Betrieb von katalytischen Nachverbrennungsanlagen, durch die andere schädliche Abgasbestandteile beseitigt werden können. Diese empfindlichen Katalysatoren werden durch die Verwendung von bleihaltigem Kraftstoff schon nach kurzer Betriebsdauer "vergiftet" und dadurch wirkungslos.

Allen Beteiligten war klar, daß die Herstellung bleiarmer Benzins wegen des teureren Produktionsverfahrens zu einer Erhöhung der Kraftstoffpreise führen würde. Diese Verteuerung dürfte sich je nach Verfahren auf 1,0 bis 2,5 Pfennig je Liter belaufen. Diese geringfügige Verteuerung ist im Interesse eines wirksamen Gesundheits- und Umweltschutzes vertretbar. In diesem Zusammenhang werden jedoch die zuständigen Behörden, nicht zuletzt aber auch die kritische Öffentlichkeit mit Aufmerksamkeit verfolgt, daß die Mineralölgesellschaften die Durchführung der zweiten Stufe des Benzinbleigesetzes nicht zum Vorwand für über diesen Spielraum hinausgehende Preiserhöhungen nehmen.

Der nunmehr vom Bundeskabinett zu verabschiedende Entwurf eines Gesetzes zur Ergänzung des Benzinbleigesetzes will sicherstellen, daß für die Dauer von höchstens zwei Jahren durch Ausnahmegenehmigungen kein Versorgungsengpass in der Bundesrepublik auftritt, da zur Zeit der gesamte Bedarf noch nicht mit bleifreiem Benzin gedeckt werden kann. Die "Versorgungslücke" wird sich 1976 voraussichtlich auf nicht mehr als fünf bis zehn vH des Gesamtbedarfs belaufen. Da die Herstellung von Kraftstoffen mit einem Bleigehalt von 0,25 g/l mit erhöhten Kosten verbunden ist, könnten die Ausnahmegenehmigungen, die zur Vermeidung von Versorgungsschwierigkeiten erteilt werden, zu ungerechtfertigter finanzieller Begünstigung und Wettbewerbsverzerrungen führen. Daher soll derjenige, der nichtgesetzeskonformes Benzin während dieser Übergangszeit und in Ausnutzung seiner Ausnahmegenehmigung herstellt oder importiert eine pauschalierte Ausgleichsabgabe in Höhe von einem Pfennig je Liter für Benzin mit einem Bleigehalt bis 0,25 g/l und in Höhe von zwei Pfennigen je Liter für Benzin mit einem höheren Bleigehalt zahlen.

(-/27.5.1975/bgy/pr)

+ + +

Eigenartige Auswahl im Lande Bayern

Wie die Staatsregierung in München um Industriean siedlung wirbt

Von Karl Herold MdB

Parlamentarischer Staatssekretär beim Bundesminister
für inn erdeutsche Beziehungen

"Aus gutem Grund hat Bayern viel zu bieten". Im Großformat wirbt eine Anzeige des Bayerischen Staatsministeriums für Wirtschaft seit geraumer Zeit in Tageszeitungen und Zeitschriften um die Ansiedlung von Industrieunternehmen im Freistaat. Nacheinander werden die einzelnen Regierungsbezirke als Beispiel vorgestellt. Das Begrüßenswert e in dieser Anzeigenserie wird allerdings überdeckt von dem etwas schalen Beigeschmack willkürlicher Auswahl und einseitiger (bayerischer) Darstellung.

Das Beispiel des Regierungsbezirks Oberfranken (Anzeige in der FAZ vom 12. Mai) soll dies verdeutlichen. Elf Orte sind namentlich ausgewählt, "die an einer Industriean siedlung besondere interessiert sind". Was ist mit den übrigen zwölf Städten und Gemeinden, die ebenfalls nach dem 4. Rahmenplan der Gemeinschaftsaufgabe "Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" Schwerpunkte sind? Aus meiner Arbeit in Oberfranken weiß ich nur zu gut, daß auch deren Bürgermeister, Gemeinderäte und nicht zuletzt deren Einwohner an der Ansiedlung von neuen Betrieben starkes Interesse haben. Sie sind in der Anzeige übergangen worden, ein unscheinbares Sternchen markiert sie gebündelt als "andere Schwerpunktor te".

Gibt es bestimmte Gesichtspunkte für die Auswahl? Sie sind - nach relevanten Kriterien - jedenfalls nicht erkennbar und willkürlich. Wer vom Standpunkt der Arbeitskräfteressourcen ausgeht, muß nach Unterlagen der Bundesanstalt für Arbeit auch Städte wie Bamberg, Kronach und Kulmbach nennen und kann auch nicht ohne weiteres an Münchberg oder Lichtenfels vorbeigehen.

Im übrigen, aber dennoch nicht ganz am Rande: Nicht allein die Staatsregierung in München - wie es die Anzeige suggeriert -, auch die Bundesregierung tut das Ihre für die wirtschaftliche Förderung Bayerns. Ein Großteil des Regierungsbezirks Oberfranken erhält als Zonenrandgebiet besondere Vergünstigungen und Unterstützung. Die verstärkten Bemühungen der Bundesregierung zielen im Rahmen der Zonenrandförderung seit Jahren mit sichtbarem Erfolg auf eine Verbesserung der wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Verhältnisse entlang der Grenze zur DDR und UdSSR. Gerade auch das ist einer der - allerdings in der bayerischen PR-Anzeige nicht genannten - Gründe, die dafür sprechen, "Ihr Unternehmen in Bayern anzusiedeln."

(-/27.5.1975/ks/pr)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller